Alternative für Deutschland (AfD)

Alternative für Deutschland	
Parteivorsitzende	Frauke Petry, Jörg Meuthen
Schatzmeister	Klaus-G. Fohrmann
Gründung	06. Februar 2013, Berlin
Hauptsitz	Schillstraße 9, 10785 Berlin
Mitglieder	ca. 25.200 [1]
Webadresse	www.alternative.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung ... 1
2 Wirtschafts- und sozialpolitische Positionen ... 2
3 Verbindungen zur Pegida-Bewegung ... 2
4 Finanzierung ... 2
4.1 Spenden, Mitgliedsbeiträge, Staatliche Finanzierung ... 2
4.2 Kredite ... 3
4.3 Goldhandel ... 3
4.4 Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten ... 4
5 AfD Parteitag 2015 ... 4
6 Organisationsstruktur und Personal ... 4
6.1 Sprecher, Mitglieder und Unterstützer ... 4
6.2 Bundesfachausschuss Energiepolitik der AfD ... 5
6.3 Afd-Mittelstandsforum ... 5
7 Beziehungen zu anderen Organisationen ... 6
7.1 Die Familienunternehmer - ASU ... 6
7.2 Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft ... 6
8 Weiterführende Informationen ... 6
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus ... 6
10 Einzelnachweise ... 6

Kurzdarstellung

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist 2013 als eurokritische Partei gegründet worden, deren Sprecher zunächst Bernd Lucke, Frauke Petry und Bernd Adam waren. Nach einem parteiinternen Machtkampf wurden 2015 Frauke Petry und Jörg Meuthen als Parteivorsitzende gewählt. Bernd Lucke und weitere Vertreter des wirtschaftsliberalen Flügels traten aus der AfD aus und gründeten die Allianz für Fortschritt und Aufbruch. In ihrem Grundsatzprogramm aus dem Frühjahr 2016 hat die ursprünglich durch die Ablehnung des Euro und der Eurorettung geprägte AfD ihre Zuwendung zu deutlich nationalkonservativeren

und auch zuwanderungskritischeren Positionen festgeschrieben. [2] Zu den radikalsten Forderungen des Grundsatzprogramms gehören - neben der weitreichenden Ablehnung des Islam - u.a.: Strafmündigkeit schon ab 12 Jahren, Sicherungsverwahrung statt Psychiatrie, Abschiebung ausländischer Krimineller, Straftatbestand der Steuerverschwendung, weniger Erinnerung an den Nationalsozialismus, notfalls Austritt aus dem Euro, Rückkehr zum völkischen Abstammungsprinzip, kein Geld mehr für Klimaschutz und Atomausstieg rückgängig machen.[3][4]

In ihrem Grundsatzprogramm spricht sich die AfD dafür aus, den Lobbyismus einzudämmen (1.6). Sie setzt sich für ein Lobbyisten-Gesetz mit konkreten Rechten, Pflichten und Sanktionen für Mandatsträger und Lobbyisten ein.

Wirtschafts- und sozialpolitische Positionen

Laut einer Presserklärung der AfD aus dem Jahr 2015 geht die Wiederherstellung der patriotisch /konservativen Ausrichtung der AfD nicht zu Lasten wirtschaftsliberaler Positionen, weil sie komplementär zu ihnen erfolgt.[5] Dementsprechend ist das AfD-Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2016 überwiegend wirtschaftsliberal ausgerichtet. Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle (10.1). Über Privatisierungen sollen Bürgerentscheide auf der jeweiligen staatlichen Ebene entscheiden, insbesondere bei der öffentlichen Daseinsfürsorge (10.8). Die Vermögen- und Erbschaftsteuer soll abgeschafft, die Gewerbesteuer überprüft werden (11.4). Der Mindestlohn wird dagegen befürwortet (5.3). Der Klimawandel wird geleugnet, die Senkung von CO2-Emissionen als Beschränkung der Freiheit qualifiziert (12.1), der Ausstieg aus der Kernkraft als sachlich nicht begründet und schädlich bezeichnet (12.6).

Verbindungen zur Pegida-Bewegung

Die Organisation „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) tritt seit dem 20. Oktober 2014 durch zeitweise wöchentliche Demonstrationen gegen eine von ihr behauptete Islamisierung und gegen eine aus ihrer Sicht verfehlte Asyl- und Migrationspolitik an. Politiker und Vertreter von anderen Organisationen warnen im Zusammenhang mit Pegida-Demonstrationen vor Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Die Verfassungsschutzbehörde warnt zudem vor rechtsextremen Tendenzen bei Ablegern von Pegida in anderen Städten.[6] AfD-Funktionäre wie etwa Alexander Gauland, Spitzenkandidat zur Bundestagswahl 2017, beteiligten sich an Veranstaltungen von verschiedenen Ablegern der Pegida-Bewegung und trafen sich mit Organisatoren.[7] Eine Pressemeldung von Frauke Petry, damals AfD-Landesvorsitzende in Sachsen, zum Rücktritt des Pegida-Gründers Lutz Bachmann führte zur weiteren Diskussion um die Zusammenarbeit zwischen AfD und Pegida. Petrys Pressemitteilung erschien noch vor der offiziellen Meldung durch Pegida. Sie wurde nach sieben Minuten wieder zurückgezogen und das verfrühte Verschicken zunächst als Versehen abgetan.[8] Frauke Petry erklärte später, es habe vor dem Rücktritt beratende Gespräche zwischen ihr und der Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel gegeben, in denen seitens der AfD für einen Rücktritt von Bachmann plädiert wurde.[9]

Finanzierung

Spenden, Mitgliedsbeiträge, Staatliche Finanzierung

Zum einen finanziert sich die AfD aus Mitgliedsbeiträge und Spenden: Bis Ende April 2013 soll die Partei rund 600.000 Euro aus Mitgliedsbeiträgen eingenommen haben. Die größte Privatspende bezifferte der damalige Schatzmeister Stenzel auf 5.000 Euro. [10] Zum anderen scheint die Partei durch die guten

Wahlergebnisse im Gründungsjahr bereits 2014 einen Anspruch Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung geltend machen zu können. [11] Die erwartete Summe bezifferten Vertreter der Partei auf vier Millionen Euro. [12] Ob und in welchem Umfang sie zukünftig von Mitteln von Bund und Ländern profitiert, hängt vom Wahlergebnis ab. Das Wahlergebnis und die selbst eingeworbenen Mittel sind Maßstäbe für die Berechnung der Parteienfinanzierung. So wirbt unter anderem AfD-Mitglied Jens Eckleben für Unterstützung: „Abgesehen davon, daß wir noch keine Gelder aus der Parteienfinanzierung bekommen, werden zukünftig die Gelder maßgeblich von den durch die Partei jetzt eingeworbenen Spenden abhängen.“ [13] Nachdem 2014 der Partei der Einzug in die Landtage von Sachsen, Brandenburg und Thüringen gelungen ist, stehen ihr laut Focus knapp vier Millionen aus der staatlichen Finanzierung zu.[14]

Die AfD wird zunehmend mit Spenden aus der Wirtschaft bedacht. Zu den Spendern gehören Heinrich Weiss, Großaktionär und Aufsichtsratsvorsitzender der SMS Group sowie ehemaliger Präsident des Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), und Hans Wall, Gründer des Berliner Außenwerbers Wall AG. [15] Nach Angaben von Weiss sind auch Spenden von anderen bekannten Wirtschaftsführern geflossen - allerdings unter der Meldegrenze, sodass sie nicht im Rechenschaftsbericht erscheinen müssen. Der Stellv. Parteisprecher Hans-Olaf Henkel, ehemaliger Präsident des Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) erklärte, mehrere Dax-Vorstände und zahlreiche Chefs von Familienunternehmen unterstützten die AfD.[16] Im März 2015 gab es Berichte über unzureichende Buchhaltung bei der Partei[17]

Kredite

Bereits 2013 wurde in den Medien über einen Kredit an die Partei berichtet. Laut Spiegel gab es zwei Kredite über je 500.000 Euro, die der Partei von dem Hamburger Reeder Folkard Edler gewährt wurden. [18] Dies veranlasste Parteichef Bernd Lucke zu einer Erwiderung. [19] Er wies darauf hin, dass ein eventuell 2014 entstehender geldwerter Vorteil, als Spende erst im am 30. September 2015 vorzulegenden Rechenschaftsbericht ausgewiesen werden müsse.

Auch im Jahr 2014 gab es Berichte über einen Kredit in Höhe von 640.000 Euro. [20][21]

Im April 2014 hat Hans-Olaf Henkel, damals Stellvertretender AfD-Sprecher und Kandidat für die Europawahl, der AfD ein Darlehen mit Laufzeit bis 5/2015 über eine Million Euro zu 2 % Zinsen gewährt.[22] [23]

Goldhandel

Um die volle Höhe der nach ihrem Wahlerfolg bemessenen staatlichen Zuschüsse von 5 Millionen Euro erhalten zu können, hatte sich die AfD, laut Selbstdarstellung, zu einem „innovativen Wege zur Erzielung von Einnahmen“ [24] entschieden. Denn um Anspruch auf den vollen Umfang der staatlichen Zuschüsse zu erhalten, müssen die weiteren Einnahmen der Partei eben so hoch sein, wie die Zuschüsse selbst. Die Einnahmen der Partei beliefen sich für das Jahr 2014 aber zunächst auf 2,5 Millionen Euro aus Mitgliederbeiträgen und eine halbe Millionen Euro aus Spenden. Die 2 Millionen Euro die fehlten, um Anspruch auf die gesamten staatlichen Zuschüsse zu erhalten, sollten daher durch den Verkauf von Gold erwirtschaftet werden.[25]

Die Bundestagsverwaltung prüfte und befand, dass die Einnahmen aus dem Verkauf von Gold als eine Einnahme im Sinne des Parteiengesetzes zu werten sei. Nicht zuletzt aus dem Bundestag machte sich darauf hin Kritik an der Regelung des Parteiengesetzes breit und man erwog, dass Gesetz zu reformieren.[26]

Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtet im August 2016 über die Unterstützung der AfD durch einen Verein. Bei diesem ist weder die Finanzierung transparent, noch stehen die Verantwortlichen für Auskunft zur Verfügung. Der Verein unterstützt mit aufwändigen Plakaten Wahlkämpfe der Partei, so etwa in Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern. Verantwortliche Parteileute gaben dazu ebenfalls keine Auskünfte.[27][28] Kurz vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt wurden fast zwei Millionen Exemplare eines Flugblatts mit dem Namen "Extrablatt" verteilt, in dem zur Wahl der AfD aufgerufen wurde. Als Chefredakteur fungierte Josef Konrad, Mitglied des AfD-Bezirksverbandes Oberfranken und Geschäftsführer der Polifakt Medien GmbH in Leipzig ist. Dessen ungeachtet bestritt AfD-Co-Parteichef Jörg Meuthen jegliches Wissen und einen Zusammenhang mit der Partei.[29]

Am 21. September 2016 ist der Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten offiziell als Nachfolgeorganisation einer "losen Vereinigung gleichen Namens" gegründet worden.[30] Der Verein habe über 7.000 Freunde und Förderer, auch aus dem Bereich der mittelständischen Wirtschaft und der Industrie. Zum Vorsitzenden wurde David Bendels gewählt, dem ehemaligen Sprecher der CSU-Basisgruppe „Konservativer Aufbruch“ (KA), der im Juni 2016 aus der CSU ausgetreten und seitdem parteilos ist.[31]

AfD Parteitag 2015

Im Juli 2015 wurde der Parteigründer und bisherige Vorsitzende der AfD, Prof. Bernd Lucke von den Mitgliedern der AfD abgewählt. Mit 60 Prozent wählten die AfD Mitglieder Frauke Petry zur neuen Parteivorsitzenden.[32] Dem Parteitag in Essen, war ein Monate langer internen Streit der Parteiführung voraus gegangen. Der Grund für den Streit ist die Frage um die zukünftige Ausrichtung der Partei. Bernd Lucke steht für eine wirtschaftsliberale Ausrichtung der Partei, im Gegensatz zu Frauke Petry die für eine rechtskonservative Ausrichtung wirbt. Der Streit der beiden Parteiflügel bestimmte in den letzte Monaten die Medienberichte über die AfD und verhinderte zuletzt sogar einen geplanten Parteitag im Mai 2015. Zuletzt geriet Bernd Luck so stark unter Druck das er den Verein „Weckruf“ 2015 gründete.[33] Mit diesem „Weckruf “ wollte Lucke seine Unterstützer mobilisieren und somit Druck auf den rechtskonservativen Flügel ausüben. Eben dieser rechtskonservative Flügel setzte sich mit deutlicher Mehrheit auf dem Essener Parteitag durch so das 60 % der Mitglieder Frauke Petry zur Parteivorsitzenden wählten. [34] Als Reaktion auf die Abwahl von Lucke, trat Luckes Vertrauter Hans-Olaf Henkel aus der Partei aus. Lucke selbst überlegt derzeit öffentlich über die Gründung einer neuen Partei nach. Auch weitere Anhänger des wirtschaftsliberalen Flügel kündigten den Austritt aus der Partei an. Frauke Petry bittet um den Verbleib in der Partei. [35]

Organisationsstruktur und Personal

Sprecher, Mitglieder und Unterstützer

Da die Partei bis vor kurzem in keinem Parlament vertreten war, konnte sie keinen direkten Einfluss auf Gesetzesinitiativen ausüben und befindet sich nicht im Fokus des Interesses von Lobbyisten und Verbänden. Trotzdem gibt es Personalien in der AfD, die besondere Nähe zu Unternehmen aufweisen, oder als Parteiüberläufer Konfliktpotential bergen.

Sprecher, Mitglieder und Unterstützer	
Beatrix von Storch	ist Europaabgeordnete der AfD. Mit ihrem Ehemann Sven von Storch leitet sie Internetplattformen wie Abgeordneten-Check.de oder FreieWelt.net und gilt als eine der einflussreichsten Euro-Kritikerinnen.[36] Sie ist Mitglied der Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft .[37]
Roland Vaubel ,	Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Afd, ist Mitglied des Walter Eucken Institut, Referent bei Veranstaltungen der Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Mitglied des Beirats des "Cato Journal" (Hrsg. Cato Institute) und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Institut für Unternehmerische Freiheit, zu dessen Visionen die Abschaffung aller staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft und die vollständige Privatisierung des Renten- und Gesundheitswesens gehört.

Bundesfachausschuss Energiepolitik der AfD

Von den 15 Mitgliedern des „Bundesfachausschusses Energiepolitik“, der für das Thema Klimawandel zuständig ist, gehören nach taz-Recherchen mindestens 12 eindeutig zum Lager der Klimaskeptiker. Darunter ist etwa Michael Limburg, Vizepräsident des Europäischen Instituts für Klima und Energie (EIKE), die wichtigste Stimme der deutschen Klimaleugner.[38]

Afd-Mittelstandsforum

Das AfD-Mittelstandsforum bringt nach eigenen Angaben seine fachliche Expertise bei Gesprächen des AfD-Bundesvorstands mit interessierten mittelständischen Unternehmen ein.[39] Ein weiteres Ziel ist die gemeinsame Gewinnung von Spenden.

Bundesvorsitzender des Mittelstandsforums ist Hansjörg Müller, Unternehmensberater aus Ainring und AfD-Direktkandidat für die Bundestagswahl im Wahlkreis Traunstein/Berchtesgadener Land. Müller war Interim Manager der Vermittlungs-Agentur Bridge imp, die auch Führungskräfte mit dem erforderlichen Know-how für ein zielgerichtetes Handeln in Russland vermittelt.[40] Seine Stellvertreter sind: Uwe Kamann, Ralf Glöckner-Goldmann, Dirk Adam. Schatzmeister ist Roland Huwer. Beisitzer sind: Matthias Gellner, Matthias Lieschke, Joachim Keiler.

Quelle: [41]

Beziehungen zu anderen Organisationen

Die Familienunternehmer - ASU

Der Verband der Familienunternehmer hatte ursprünglich für die eurokritischen und neoliberalen Positionen der AfD großes Verständnis.[42] Mitglieder und Repräsentanten der Familienunternehmer hatten sich bereits vor der Gründung der AfD mit Professoren getroffen, die die Gründung einer neuen Partei in Erwägung zogen. Zum Teil handelte es sich um vertrauliche Kontakte; zum Teil wurde über die gemeinsamen Diskussionen in der Internetzeitung FreieWelt.net berichtet, die die AfD publizistisch unterstützt.[43] Robin Paulus, Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft der Familienunternehmer, vertrat auf dem Forum Freiheit 2013 die Auffassung: "Wer eine gute CDU will, muss die AfD wählen".[44] Zu seinem Bundeskongress am 8. /9. Mai 2014 hat der Verband den AfD-Parteivorsitzenden Bernd Lucke eingeladen, um eine Stunde über den Euro und die Zukunft Europas zu referieren.[45] Laut Hauptgeschäftsführer Albrecht von der Hagen möchte der Verband mit der Einladung zeigen, wie unzufrieden er mit der jetzigen Bundesregierung ist. Auch wenn die AfD mit populistischen Thesen gegen Zuwanderung und den freien Handel zu punkten versuche, schrecke dies die Familienunternehmer nicht, das Gespräch zu suchen.

Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft

Folgende AfD-Politiker sind Mitglieder in der Hayek-Gesellschaft: Alice Weidel, AfD-Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl 2017, Beatrix von Storch, Mitglied des Europäischen Parlaments, und Peter Boehringer, Nummer zwei auf der bayerischen AfD-Landesliste für die Bundestagswahl 2017.[46]

Weiterführende Informationen

- Die AfD – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung. Studie der Heinrich Böll Stiftung NRW, September 2013

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter | Bluesky | Facebook | Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ AfD trotz Querelen weiter mit Mitgliederzuwachs, Die Welt , 01.05.2015, abgerufen am 07. July 2015
2. ↑ Pressemitteilung des DIW zu seiner AfD-Studie vom 24.08.2016, diw.de, abgerufen am 24.11.2016
3. ↑ So radikal will die AfD Deutschland umbauen, faz.net vom 02.05.2016
4. ↑ Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, alternativefuer.de, abgerufen am 24.11.2016
5. ↑ Gemeinsame Presseerklärung der Afd-Partei und des AfD-Mittelstandsforums, mittelstandsforum.org vom 16.06.2015, abgerufen am 26.11.2016
6. ↑ Pegida, Wikipedia-Artikel, abgerufen am 02. Februar 2015

7. ↑ Wie die AfD den Rücktritt Bachmanns beeinflusste, sueddeutsche.de, abgerufen am 02. Februar 2015
8. ↑ Nach Bachmann-Rücktritt: Pegidas Franchise-Pläne, spiegel.de, abgerufen am 02. Februar 2015
9. ↑ Skandal um Lutz Bachmann: AfD beriet Pegida in Hitler-Affäre, spiegel.de, abgerufen am 02. Februar 2015
10. ↑ Zur Finanzierung ihres Wahlkampfs will die neue Anti-Euro-Partei „Alternative für Deutschland“ Kontaktlisten von CDU-nahen Organisationen nutzen, Spiegel online, 21.04.2013, abgerufen am 13.08.2013
11. ↑ Korrekte Rechenschaft, Götz Hausding in Das Parlament, Nr. 42-43/14.10.2013, abgerufen am 22. Juli 2014
12. ↑ AfD rechnet mit vier Millionen Euro Staatsfinanzierung, Der Spiegel, abgerufen am 22. Juli 2014
13. ↑ Warum die AfD Spenden braucht, Jens Eckleben auf Google+, 06.05.2013, abgerufen am 19. August 2013
14. ↑ Wahlerfolge bescheren der AfD vier Millionen Euro, Focus Online, 21.09.2014, abgerufen am 30. September 2014
15. ↑ Angriff auf die CDU: Prominente Mittelständler finanzieren rechtspopulistische AfD. Spiegel online vom 15. Oktober 2014, abgerufen am 16. 10. 2014
16. ↑ Prominente Spender Erste Unternehmer nähern sich der AfD, FAZ online vom 15. Oktober 2014, abgerufen am 15. 10. 2014
17. ↑ Lucke fordert Geld von AfD-Mitgliedern, Die Welt, 24. März 2015, zuletzt besucht am 26.3.2015
18. ↑ Heikler Deal: AfD bekam günstigen Millionenkredit von Hamburger Reeder, Der Spiegel, abgerufen am 22. Juli 2014
19. ↑ Stellungnahme Bernd Lucke, abgerufen am 22. Juli 2014
20. ↑ AfD setzt umstrittene Kreditfinanzierung fort, abgerufen am 22. Juli 2014
21. ↑ Muss AfD günstigen Kredit melden? , abgerufen am 22. Juli 2014
22. ↑ Europawahlkampf Henkel leiht AfD eine Million, Zeit online vom 30. April 2014, abgerufen am 9. 5. 2014
23. ↑ Erklärung der finanziellen Interessen beim Europäischen Parlament vom 24. 6. 2014
24. ↑ Warum sich die AfD im Goldhandel engagiert., afd-gold.de, abgerufen am 30. Januar 2015
25. ↑ Nach AfD-Trick Die heimlichen Goldgruben der Parteien, faz.net abgerufen am 30. Januar 2015
26. ↑ AfD-Goldhandel: Lammert empfiehlt Änderung des Parteiengesetzes, bundestag.de, abgerufen am 02. Februar 2015
27. ↑ Mecklenburg-Vorpommern: Die geheimen Helfer der AfD, FAZ, 21. August 2016, zuletzt aufgerufen am 31.8.2016
28. ↑ Warum die dubiose AfD-Wahlkampfhilfe unaufgeklärt bleibt – und was sich ändern muss, LobbyControl, 5. September 2016, zuletzt aufgerufan am 6.9.2016
29. ↑ AfD wegen anonymer Spende unter Druck, Frankfurter Rundschau, 8. März 2016, zuletzt aufgerufen am 28.11.2016
30. ↑ Gegen Masseneinwanderung: Finanzstarker konservativer Verein gegründet, rechtundfreiheit.de vom 04.10.2016, abgerufen am 28.11.2016
31. ↑ CSU-Spitze untersagt Auftritt bei AfD: Bendels verlässt die Partei, jungefreiheit.de vom 03.06.2016
32. ↑ Petry übernimmt AfD: Der Lucke geht von Bord, spiegel online abgerufen am 08. Juli 2015
33. ↑ Urteil des Schiedsgerichts: AfD-Chef Lucke muss seinen "Weckruf" auflösen, spiegel online abgerufen am 08. Juli 2015
34. ↑ Petry übernimmt AfD: Der Lucke geht von Bord, spiegel online abgerufen am 08. Juli 2015
35. ↑ Nach dem Parteitag: AfD-Chefin Petry fordert Mitglieder zum Bleiben auf , spiegel online abgerufen am 08. Juli 2015

36. ↑ AfD-Kandidatin Beatrix von Storch: Ihr Hauptberuf ist Protest, Cicero online, 12.06.2013, abgerufen am 20. August 2013
37. ↑ AfD Bayern - zur Person von Storch: , abgerufen am 23. September 2013
38. ↑ Sammelbecken der Klimaskeptiker taz vom 27. 09. 2013, abgerufen am 27.09.2013
39. ↑ Vorstands-Klausurtagung des AfD-Mittelstandsforums, mittelstandsforum.org vom 17.04.2016, abgerufen am 26.11.2016
40. ↑ Interim Management in Russland: Die Besonderheit der russischen Geschäftskultur, bridge-imp.com vom 12.12.2013, abgerufen am 26.11.2016
41. ↑ Mittelstandsforum der AfD startet neu durch - harmonisches Vorstands-Neuwahlen in Schweinfurth, mittelstandsforum.org vom 01.11.2015, abgerufen am 26.11.2016
42. ↑ Andreas Kemper: Familienunternehmer versus BDI, Der Freitag online vom 20. März 2013 Webseite Freitag, abgerufen am 11. 5. 2014
43. ↑ Podiumsdiskussion der Zivilen Koalition: ESM - Vertrag - Der Weg in die Schuldenunion, FreieWelt.net vom 1. Januar 2013
44. ↑ Christian Dorn: Forum Freiheit 2013: AfD oder FDP?, eigentümlich frei vom 19. September 2013, Webseite abgerufen am 11. 5. 2014
45. ↑ Familienunternehmen geben der AfD eine Bühne, Stuttgarter Zeitung vom 8. Mai 2014, Webseite Stuttgarter Zeitung, abgerufen am 11. 5. 2014
46. ↑ Die Hayek-Gesellschaft- „Mistbeet der AfD“?, sueddeutsche.de vom 14.07.2017, abgerufen am 25.07.2017